

Bündnisgrüne Ideen für Stadt und Land

*Programm zur Kommunalwahl in Stralsund und
Vorpommern-Rügen am 26. Mai 2019*



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

vielleicht blicken Sie manchmal noch zurück auf glückliche Kindheitstage oder denken aktuell an Ihre Kinder und Enkel und vielleicht erinnern Sie sich auch im digitalen Zeitalter einmal außerhalb von Handy und Computer noch daran, sich etwas wünschen zu dürfen und mit Ihren Phantasien hinauszugehen und sich eine Welt voller schöner Wunder vorzustellen. Sich in diesen Gedanken und Träume zu bewegen ist für manch Eine*n eine Herausforderung, weil diese Gedanken und Träume bar jeder Realität erscheinen. Aber wir erlauben uns zumindest in diesem Vorwort einmal und nur ganz kurz einen solchen Blick zu wagen. Und wenn man dies tut, vielleicht...

- denkt man dann so wie noch vor einigen Jahren an Getreidefelder voller Mohn und Kornblumen einen bunten Flickenteppich von Feldern mit vielen Kleingewässern, freilaufenden Rindern und Kühen oder gar Bauernhöfe mit im Schlamm suhlenden Schweinen oder
- an einen Garten voller Bienen und Schmetterlinge, in dem es summt und brummt, wenn man sich auf die Gartenbank setzt und für einen Augenblick die Augen schließt oder
- an eine Bürgerschaftssitzung in Stralsund, die man verfolgt und in der der Oberbürgermeister auf die wohlwollend kritischen Fragen offen, freundlich und mit einer großen, ehrlichen Auskunftsbereitschaft antwortet oder
- an eine wunderschöne Radtour, wenn man über den Rügendamm fährt und die wirklich gut vernetzten, lückenlosen Radwege nutzt, um an den ein oder anderen herrlichen Strand zu gelangen oder
- vielleicht auch an Willi Brandt, dem man im Geiste schmunzelnd zunickt und dann bei sich denkt, wie gut es ist, dass wir Alle aus seinem „mehr Demokratie wagen“ eine im besten BÜNDNISGRÜNEN Sinne offene, freiheitsliebende und urdemokratische Bürgergesellschaft gestaltet haben.

- 2 -

Wir könnten das natürlich jetzt weiter fortsetzen. Aber allerspätestens hier könnte uns ja Traumtänzeri vorgeworfen werden. Und daher empfehlen wir allerspätestens jetzt einen Blick in das GRÜNE Wahlprogramm zu werfen, einen Realitätscheck zu machen, aber dennoch ein klein wenig von jenen Träumen zu bewahren. Und wenn Sie kommentieren und fragen wollen, ein Gespräch wünschen, mit uns diskutieren mögen oder gar mitmachen möchten, wir freuen uns auf jede Kontaktaufnahme.

In diesem Sinne und mit freundlichen Grüßen

Anett Kindler

Jürgen Suhr

Mehr Demokratie wagen

Der Kreistag, die Stralsunder Bürgerschaft und die Gemeinderäte haben in unserem Selbstverständnis gegenüber Bürger*innen eine dienende Funktion. Das beinhaltet, dass alle kommunalen Gremien so weit wie möglich öffentlich zugänglich sein müssen und Entscheidungsprozesse für alle Bürger*innen soweit wie möglich transparent und durchschaubar sind. Das bedeutet auch eine bürgernahe Ausgestaltung der Einwohnerfragestunden. Antworten der Verwaltung auf Bürger*innenanfragen sollten umfassend und wohlwollend erfolgen. Stellungnahmen von Bürger*innen selbstverständlich zugelassen werden und nicht – wie derzeit oft gehandhabt – aus formalen Gründen „abgebügelt“ werden. Bürgerbegehren, also die direkte Möglichkeit für Bürger*innen auf Grundlage einer Unterschriftensammlung einen Sachverhalt direkt durch die Bürger*innen entscheiden zu lassen (Bürgerentscheid), sollten durch die Verwaltung so vorbereitet werden, dass ein rechtssicherer Ablauf gewährleistet wird. Nicht umsonst scheitern in Mecklenburg-Vorpommern mehr als die Hälfte aller Bürgerbegehren an rechtlichen Hürden. Das muss sich ändern!

Konkret wollen wir:

- die frühzeitige juristische Beratung der Kreis- oder Stadtverwaltung durchsetzen, damit Bürgerbegehren und Bürgerentscheide vor der Sammlung von Unterschriften rechtssicher durchgeführt werden können,
- die Einrichtung von Ortsteilbeiräten mit eigenem Budget ermöglichen, damit Bürger*innen vor Ort mitbestimmen können, regelmäßig BÜNDNISGRÜNE Einwohnerfragestunden durchführen, die wir in unterschiedlichen Regionen des Landkreises von Arkona bis Süderholz, von Ribnitz-Damgarten bis zum Mönchgut organisieren,
- die Aufwertung der Einwohnerfragestunden in den Parlamenten durchsetzen, damit Bürger*innen die Möglichkeit haben, Antworten der Verwaltung nicht nur hinzunehmen, sondern auch zu kommentieren und weiter zu hinterfragen.

- 3 -

Einmischen erwünscht

Bürger*innen müssen sich einmischen und ihre Ideen einbringen können! Deshalb werden wir uns auf kommunaler Ebene für die Einrichtung eines Beschwerde- und Ideenmanagements einsetzen, das niedrigschwellig und leicht zugänglich ist. Anliegen und Ideen der Bürger*innen müssen durch die Verwaltung ernsthaft, zeitnah und verbindlich geprüft und beantwortet werden. Wenn ein Anliegen eines Bürgers oder einer Bürgerin dennoch abgelehnt wird, muss dies umfassend und verständlich begründet werden.

Selbstbestimmt, unabhängig, gleichberechtigt und gerecht

Bündnis 90/Die Grünen treten in Vorpommern-Rügen dafür ein, dass Chancen, Macht, Geld und Zeit gerecht zwischen Frauen, Männern und Menschen anderen Geschlechts geteilt werden. Die Chancen eines Menschen sollen nicht durch seine Zugehörigkeit zu einem Geschlecht eingeschränkt werden. Alle Menschen sollen die gleichen Chancen haben, ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben zu führen. Auch wenn die rechtliche Gleichstellung weitgehend erreicht ist, bestehen im Alltag weiterhin Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen. Wir verstehen Gleichstellung als eine Querschnittsaufgabe: In allen Lebensbereichen und Politikfeldern gilt es die Auswirkungen von Entscheidungen auf das Leben von Menschen unterschiedlichen Geschlechts, unterschiedlicher sexueller Orientierung, verschiedener Herkunft und Ethnien und unterschiedlicher körperlicher Voraussetzungen in ihren vielfältigen Lebensweisen zu berücksichtigen und für ihre Chancengleichheit einzutreten. Unser Ziel ist es, in der Region einen gleichberechtigten Zugang zu existenzsichernder Erwerbstätigkeit mit fairer und gerechter Entlohnung für alle Geschlechter zu schaffen. Deshalb setzen wir uns insbesondere dafür ein, bessere Arbeitsbedingungen und mehr – auch finanzielle – Wertschätzung für Berufe mit hohem Frauenanteil wie beispielsweise in Betreuung, Erziehung, Pflege, Handel, Gastronomie und Tourismus zu erreichen.

Konkret wollen wir:

- Menschen jeglicher Geschlechtszugehörigkeit einen einfacheren Zugang zu und eine gleichberechtigttere Teilhabe an politischen Diskussions- und Entscheidungsprozessen auf kommunaler Ebene ermöglichen,
- den Anteil von Frauen in öffentlichen Gremien und Ämtern sowie auf der Führungsebene kommunaler Verwaltungen und Unternehmen stärken,
- eine geschlechtergerechte Haushaltsplanung einführen, mit dem Ziel, die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter zu fördern und zu erreichen,
- eine gesicherte Finanzierung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Frauen, Männer und Menschen anderer Geschlechter insb. zu Fragen sexualisierter und häuslicher Gewalt und körperlicher Selbstbestimmung schaffen.

- 4 -

Kommunale Gleichstellung in Verwaltung und Eigenbetrieben

Der Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommerns (Art. 13) und der Kommunalverfassung des Landes (§41(1) und §118(1)) entsprechend ist die Förderung tatsächlicher Gleichstellung der Geschlechter nicht nur Aufgabe des Landes, sondern auch der Gemeinden und Kreise sowie anderer Träger der öffentlichen Verwaltung. Wir werden deshalb beantragen die Regelungen des Landesgleichstellungsgesetzes auch auf Kreis- und Gemeindeebene auszudehnen und bei Stellenausschreibungen in den öffentlichen Verwaltungen sowie in kommunalen Eigenbetrieben solange Frauen bei gleicher Qualifikation bevorzugt einzustellen, bis eine 50/50-Verteilung auf allen Ebenen erreicht ist.

Finanzen: Kommunen stärken - Bürger*innen beteiligen

Grüne Politik ist eine nachhaltige und vorausschauende Politik. Das maßlose Drehen an der Steuer- und Gebührenschaube darf es ebenso nicht geben wie das Kürzen von sozial-, kultur- und bildungspolitischen Angeboten. Sinnvolle Investitionen für eine menschen- und umweltfreundliche sowie innovative Zukunftsgestaltung müssen möglich bleiben. Das Land Mecklenburg-Vorpommern erhält ab 2020 mehr Bundesmittel. Es geht um mindestens 220 Euro pro Einwohner*in und Jahr und damit für die Kommunen im Landkreis Vorpommern-Rügen nach derzeitiger Einwohnerzahl um etwa 50 Mio. Euro pro Jahr. Diese zusätzlichen Mittel sollen vor allem der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Bundesländern dienen. Das Geld steht damit unmittelbar den Kommunen zu, die das geringere Steueraufkommen im Vergleich zu Kommunen in anderen Bundesländern ausgleichen müssen. Gleichwertige Lebensverhältnisse können nur vor Ort geschaffen werden, wo die Bürger*innen leben. Sie erwarten, dass die Steuermittel dort eingesetzt werden, wo sie konkrete Auswirkungen auf ihre Lebensverhältnisse haben.

Konkret wollen wir:

- dass die vereinbarten Ziele der Klimapolitik prioritär in der Haushaltsplanung berücksichtigt werden,
- dass Haushaltslöcher nicht durch Gebührenerhöhungen im Kinder- und Jugendbereich (Bibliotheks- und Musikschulgebühren) gestopft werden,
- die Einführung von Bürger*innen-Haushalten bzw. Bürger*innen-Budgets, um eine Beteiligung der Bevölkerung an Haushaltsfragen zu gewährleisten,
- Umwelt- und Sozialstandards sowie regionale Wertschöpfungen bei Ausschreibungen und Beschaffung stärken; Beitritt Stralsunds zum Netzwerk der Fairtrade-Städte,
- dass durch gezielte Präventionsarbeit Sozialausgaben deutlich und langfristig reduziert werden,
- dass eine geschlechtergerechte Haushaltsplanung eingeführt wird, um die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter zu fördern und zu erreichen.

- 5 -

Stärkung der Gesellschaft durch Ortsteilbeiräte

Wir setzen uns für Ortsteilbeiräte ein. Diese Ortsteilbeiräte verfügen über eigene Budgets, die es ermöglichen in einem kleineren, überschaubaren Rahmen eigenständig Finanzausgaben, etwa für kulturelle oder sportliche Zwecke im Ortsteil zu tätigen. Hierfür sollen in den Haushalten gesonderte Gelder bereitgestellt werden.

Erneuerbare, dezentrale, kommunale und bezahlbare Energie

Umwelt und Natur prägen unseren Landkreis Vorpommern-Rügen. Der Klimawandel beeinträchtigt die Landwirtschaft und den Tourismus vor Ort. Ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz ist eine Energieversorgung aus Erneuerbaren. Kommunen und Bürgerenergiegenossenschaften setzen da vor Ort an, wo momentan Bundes- und Landesregierung auf der Bremse stehen: Bei Energiesparmaßnahmen, beim Ausbau von Solar und Windenergie und bei Projekten, die auf erneuerbare Wärme setzen. Der Landkreis hat mit der Erstellung seines Klimaschutzkonzeptes einen ersten Schritt getan, die Stralsunder Stadtwerke erste Investitionen getätigt. Leider legen Hansestadt Stralsund und Landkreis Energiekennzahlen nur auf Nachfrage und lückenhaft vor. Dabei könnten Sektorenkopplung, bspw. die Verbindung von Stromerzeugung und Mobilitätsangeboten oder eine sinnvolle Wärmerückgewinnung, konsequent weitergedacht werden. Und die Chancen, die wasserstoffbasierte Power-to-Gas-Technologie in sich trägt, werden an der Hochschule Stralsund derzeit erforscht. Der Energiebereich bietet also große Potenziale für Kommunen und Bürger*innen, Wertschöpfung vor Ort zu erzeugen und einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Konkret wollen wir:

- die regionale Wirtschaft und die kommunalen Energieversorger stärken. Im Sinne der Verbraucher*innen fordern wir eine faire Verteilung der Lasten und der Gewinne. So sollen 95 % der Gewerbesteuer am Standort der Energieanlagen verbleiben.
- dass Energie bezahlbar bleibt. Deshalb sollen die Energiekosten auch bei der Angleichung des Regelsatzes der Sozialleistungen berücksichtigt werden.
- dass der Umstieg auf die erneuerbaren Energien nicht verzögert wird.
- dass es kein Fracking und keine Ölförderung im Landkreis gibt. Die Erschließung neuer fossiler Energiereserven gefährdet das Klima, die Umwelt und die Gesundheit der Bürger*innen.
- uns in den Kommunalparlamenten dafür einsetzen, dass Verwaltungen auch Expertise anderer Kommunen und der Zivilgesellschaft nutzen, damit künftig verstärkt Bürger*innen an Stelle von Konzernen von der Energieerzeugung profitieren.

- 6 -

Energieeinsparprojekte an Schulen

Energieeinsparprojekte an Schulen haben Vorbildfunktion: Sie verknüpfen Bildung und Klimaschutz. Entsprechende Bildungsangebote wollen wir in den Schulalltag integrieren und gemeinsam mit Bildungsträgern und Umweltschutzverbänden den Schüler*innen Angebote machen, ihre Schulen selber zukunftsfähig zu gestalten. Die Leitfragen eines Klimaschutzmanagements sollen Schüler*innen dabei selbst erarbeiten, denn sie können Klimaschutz am besten konkret in der Schule verankern.

Wir werden im Haushalt der Hansestadt und des Landkreises Posten für Anschubfinanzierung solcher Schulprojekte vorschlagen und konkrete Projekte aktiv unterstützen.

Nachhaltige Landwirtschaft und Tierschutz

Wir brauchen jetzt eine radikale Veränderung unserer landwirtschaftlichen Praxis hin zu einer nachhaltigen ökologisch verantwortlichen Bewirtschaftung.

Das bedeutet einen weitestgehenden Verzicht auf den Einsatz von Agrochemikalien, die Gefahr für die Gesundheit der Menschen bedeuten und eine Bedrohung der Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren darstellen. Das bedingt auch eine maßgenaue, pflanzenverfügbare Düngung um damit verbundene Belastungen für Böden und Gewässer auszuschließen. Ein neues Wassermanagement für Felder und Grünland ist notwendig. Die Wasserspeicherkapazität des Bodens muss wiederhergestellt werden. Oberflächenwasser sollte nicht mehr abgeführt, sondern durch das Anlegen von Feldreservoirs nachhaltig gespeichert werden. Durch Direktsaaten und Zwischenfrüchte werden zusätzlich Nährstoffe und Feuchtigkeit in den Boden gebracht, und die Winderosion weitestgehend minimiert. So kann mit einer anderen Bodenbearbeitung sowohl Dürren als auch Überschwemmungen vorgebeugt werden. Eine ganzjährige Bearbeitung der Felder bleibt dadurch erhalten. Wir fordern auch ein Ende der industriellen Tierhaltung in unserem Landkreis. Die Vergabe von Flächen und Fördermitteln muss an eine artgerechte Tierhaltung gekoppelt sein. Wir wollen eine tiergemäße, umweltgerechte und flächengebundene Nutztierhaltung, die gut bezahlte Arbeitsplätze schafft und in regionale Wirtschaftskreisläufe investiert. Uns ist wichtig, dass Ställe an die Bedürfnisse der Tiere angepasst werden und nicht umgekehrt.

Konkret wollen wir:

- dass landwirtschaftliche Flächen der Stadt Stralsund ausschließlich an ökologisch nachhaltige Betriebe verpachtet werden,
- Keine weiteren Genehmigungen für Massentierhaltungsanlagen im Landkreis,
- Erhöhung der Stellen im Veterinäramt zur besseren Durchsetzung der Tierschutzgesetze,
- Bepflanzung von Windschutzstreifen mit heimischen und bienenfreundlichen Gewächsen und vermehrte Ausweisung von Blühflächen.

- 7 -

Bürgerentscheid pestizidfreie Kommune

Gemeinsam mit den regionalen Initiativen und Umweltverbänden wollen wir einen Bürgerentscheid „Pestizidfreie Kommune“ initiieren. Dieser soll unter anderem die Forderung beinhalten, dass städtische Eigenbetriebe und Dienstleistungsunternehmen keine Pflanzenschutzmittel mehr einsetzen, dass insekten- und bienenfreundlichen Projekte angestoßen und kommunale Flächen pestizidfrei bewirtschaftet werden.

Natur-, Umwelt- und Meeresschutz

Mit Klimawandel und Artensterben sind aktuell die größten Herausforderungen verbunden, vor denen die Menschheit steht. Diese wirken global und lokal, Handeln vor Ort ist notwendig: Kommunale Entscheidungen und Handlungen tragen dazu bei, den Klimawandel zu begrenzen, und Insekten und Vögeln ihren Lebensraum zurückzugeben. Derzeit werden die Weichen sowohl im Landkreis wie auch in der Hansestadt Stralsund falsch gestellt. Systematisch werden in Stralsund Bäume gefällt, Hecken gerodet und Agrar- sowie Waldflächen durch Bebauung ersetzt, ohne in der Stadt einen ökologischen Ausgleich zu schaffen. Der großflächige Kahlschlag auf Rügen, die Überdüngung der Agrarflächen und der massive Abbau von Meeressand für die Bauindustrie sind weitere Beispiele dafür, dass Umwelt-, Natur- und Meeresschutz für die politische Mehrheit in Kreistag und Bürgerschaft eine untergeordnete Rolle spielen. Der Küstenschutz darf den Bauplänen finanzstarker Investoren nicht zum Opfer fallen. Die Vorstöße in Pritzwald auf Rügen Ferienhäuser zu bauen oder den Landschaftsschutz auf dem Borner Holm aufzugeben zeigen deutlich: Wir brauchen eine kommunalpolitische Mehrheit für mehr Natur, mehr Umwelt und mehr Küsten- und Meeresschutz.

Konkret wollen wir:

- ein Moratorium von Küstenbebauung, um bestehende Freiflächen im küstennahen Bereich zu erhalten,
- die Beendigung der Verbrennung von Gartenabfällen in der Stadt und im Landkreis,
- die Ausweitung und den Erhalt von Landschafts- und Naturschutzgebieten, insbesondere der vielen Moorstandorte im Landkreis und des sensiblen Borner Holms, sowie einen bedingungslos transparenten Umgang mit Aufhebungsbegehren durch die Gemeinden,
- den Verzicht auf Einweggeschirr und Plastikverpackungen überall dort, wo Bürgerschaft und Kreistag Einfluss nehmen können,
- den Erhalt des Natur-Campingplatzes in Pritzwald ohne zusätzliche Bebauung,
- die ausschließliche Verwendung von ökologisch zertifiziertem Plantagenholz zum Bühnenbau.

- 8 -

Verzicht auf Glyphosat in Vorpommern-Rügen

Das Pflanzenschutzmittel Glyphosat gilt als bekanntester chemisch-synthetischer Wirkstoff. Schon seit einigen Jahren fordern wir ein Verbot dieses Mittels und anderer Pestizide. Wir wollen auf kommunaler Ebene ein Verbot dieser und anderer chemisch-synthetischer Mittel durchzusetzen. Deshalb sollen Landkreis, Stadt und Gemeinden aber auch kommunale Unternehmen auf den Einsatz von Glyphosat bei der Grünflächenpflege verzichten und für die öffentlich verpachteten Flächen verbindliche Regelungen, die die Pächter ebenfalls zum Verzicht auf Glyphosat verpflichten, vorschreiben.

Lebenswertes Land

Ländliche Räume weisen viele Vorzüge wie Umweltqualität, soziale Teilhabe und Zusammenhalt auf. Diese Stärken wollen wir fördern. Gleichzeitig sind sie gekennzeichnet durch Überalterung und Bevölkerungsrückgang. Es ist wichtig, auch jüngeren Menschen und Familien Perspektiven im ländlichen Raum zu eröffnen. Es gilt, den Zugang zu Dienstleistungen, die gesundheitliche Versorgung, Kultur und die Anbindung an den öffentlichen Personenverkehr zu verbessern. Die digitale Spaltung zwischen Stadt und Land wollen wir überwinden. Das Internet ist Innovationsmotor und Standortfaktor regionaler Unternehmen, aber auch Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Auch Hof- und Dorfläden machen das Land attraktiver. Damit der ländliche Raum miteinbezogen und mitbedacht wird, brauchen wir neue Konzepte für den Pendelverkehr zwischen Land und Ballungszentren und ein besseres Mobilitätsangebot vor Ort. Ältere Menschen benötigen eine Infrastruktur, die Voraussetzungen für altersgerechte Teilhabe und ortsnahe Begegnungsmöglichkeiten schafft.

Konkret wollen wir:

- einen schnellen Zugang zum Internet in jedem Ort von Vorpommern-Rügen,
- mehr Informationen und Service von Kreis, Ämtern und Gemeinden im Internet,
- Förderung senior*innenspezifischer Initiativen in den Bereichen Sport, Kultur, Bildung und Kommunikation,
- Unterstützung privater Initiativen wie „Liebenswertes Dorf“,
- Erhaltung der Mobilität durch die Förderung von Anruf- und Bürger*innenbussen

Umsetzung des EcoBus-Modells in Vorpommern-Rügen

Der EcoBus besteht aus bedarfsgesteuerten Kleinbussen. Fahrtwünsche buchen die Fahrgäste vor Fahrtbeginn über App, Internet oder Telefon. Fahrtwünsche werden den Fahrzeugen so zugewiesen, dass Fahrten mit ähnlichem Start und Ziel kombiniert werden können. Der EcoBus muss sich nicht an Linien oder Fahrpläne halten, sondern bedient alle Verkehrsverbindungen im Bediengebiet umsteigefrei während der Bedienzeiten zu jeder gewünschten Zeit. Die Fahrtkosten entsprechen den Betriebskosten eines privaten PKW.

Nachhaltiges und naturverträgliches Bauen und Wohnen

Der Landkreis Vorpommern-Rügen hat sich bundesweit zu einer der beliebtesten Tourismusdestinationen entwickelt. Wir freuen uns darüber, dass so viele Menschen sich vor allem von der oft noch unberührten Natur angesprochen fühlen und in unserem Landkreis zu Gast sind. 51 Naturschutzgebiete, 17 Landschaftsschutzgebiete mit einer Fläche von über 2.000 km², die Nationalparks „Vorpommersche Boddenlandschaft“ und „Jasmund“ mit zusammen 835 km² und das „Biosphärenreservat Südost Rügen“ zeigen deutlich, wie attraktiv die Region für den Tourismus ist. Aber auch die

Weltkulturerbestadt Stralsund zieht immer mehr Menschen an. Mit einer solchen Entwicklung steigt auch das Interesse an Immobilien. Vor allem an der Küste und in der Hansestadt Stralsund sind Mieten wie auch Haus- und Grundstückspreise in erheblichem Maße gestiegen. Immer wieder wird der Versuch unternommen Baugebiete selbst in ökologisch sensiblen Lagen auszuweisen. Naturschutzbelange werden kompensiert und gemindert. Damit wird eine Stadt-, Kreis und Regionalentwicklung gefördert, die die Attraktivität der Region mindert und gefährdet. Gemeinde, Stadt- und Kreis-parlamente müssen daher Rahmenbedingungen setzen, die eine nachhaltige und naturverträgliche bauliche und infrastrukturelle Entwicklung gewährleisten.

Konkret wollen wir:

- dass der bestehende Naturschutzstatus von Landschaftsschutzgebieten wie dem Borner Holm gewahrt und nicht aufgeweicht wird,
- keine Ausnahmegenehmigungen zur Umwidmung von geschützten Flächen, Küstenschutzwäldern und Dünen zu Bauland, wie in Pritzwald auf Rügen und Devin bei Stralsund,
- die beschleunigte Umsetzung energetischer Standards für die öffentlichen Gebäude im Landkreis, in Gemeinden und in der Hansestadt Stralsund,
- die Definition ökologischer Standards in den Ausschreibungen für Bauvorhaben in Stadt und Kreis,
- die Erarbeitung eines Baulückenkatasters für die Hansestadt Stralsund,
- eine Schwerpunktsetzung der Wohnungsbaugesellschaften auf die Schaffung von Wohnraum, welche auf sozialverträgliche Mieten ausgerichtet ist,
- die ausdrückliche Ausweisung von Wohnraum für Mitarbeiter*innen der Tourismuswirtschaft auch in den Tourismushochburgen,
- die Begrenzung von Ferienwohnungen im Stralsunder Altstadtbereich.

- 10 -

Grüne Innenhöfe statt Betonpisten

Es gab in den letzten Monaten in Stralsund eine intensive Diskussion um die Entwicklung des sog. Quartiers 33 (Freifläche vor der Jakobikirche). Gegen den Vorschlag der Verwaltung für eine Begrünung wurde von der konservativen Bürgerschaftsmehrheit auf die Begrünung der Freiflächen im Quartier verzichtet und diese durch Auto-Stellplätze ersetzt. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass in einem verdichteten städtische Raum Grünflächen wieder eine Chance haben und die Stadtentwicklung auf die Schaffung von mehr Grün ausgerichtet wird. Bebauungspläne wie der zum Quartier 33 müssen das regelmäßig berücksichtigen.

Kurswechsel hin zu mehr Nachhaltigkeit und Qualität

In unserem Landkreis liegen einige der wichtigsten Urlaubsregionen Deutschlands mit großer wirtschaftlicher Bedeutung für das gesamte Land. Die Region beherbergt außerdem schützenswerte Artenvielfalt und wertvolles Naturerbe. Doch der Tourismus stößt an Belastungsgrenzen, ökologisch und sozial. „Weiter so“ ist keine Lösung, sondern schadet unserer Region! Wir brauchen eine stärkere Konzentrierung im Tourismus auf Qualität und Nachhaltigkeit: Gut getakteter Nahverkehr vermindert den Autoverkehr in der Saison. Qualifizierte Angebote im Rad-, Wander- und naturnahen Tourismus locken Besucher auf die Nebensaison und nehmen den Druck aus der Hauptsaison. Bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen in den Hotels schaffen attraktive Arbeitsplätze. Bessere Vernetzung von regionalen Anbietern und Zulieferern stärkt die lokale Wirtschaft und fördert Beschäftigung. Der Landkreis und die Gemeinden müssen sich an einen Tisch setzen und den Wandel in der Region gemeinsam anpacken: Mit neuen Visionen und mutigen Ideen, durch Zielvereinbarungen mit allen Beteiligten, unter aktiver Einbeziehung der Bürger*innen und der wirtschaftlichen Interessengruppen.

Konkret wollen wir:

- ein Tourismuskonzept für den gesamten Landkreis, in dem die Stärke der Küstenregionen besser mit den Potenzialen des Binnenlands verbunden wird,
- bessere Abstimmung zwischen Bahn-, Bus- und Fährverkehr um den Nahverkehr zu einer echten Alternative für Gäste zu machen,
- die Einrichtung eines Moratoriums bei der Schaffung von Bettenkapazitäten in den touristischen Hotspots,
- ein Landestourismusgesetz, das die Schaffung ortsübergreifender, regionaler Angebote im Tourismus fördert (z. B. rügenweite Gästekarte mit ÖPNV-Nutzung, auf Grundlage einer einheitlichen Kurabgabe),
- die regionale Beschaffung – insbesondere von Lebensmitteln – in der Gastronomie und Hotellerie stärken. Hierzu soll die Wirtschaftsförderung in der Region entsprechende Projekte initiieren und Fördermitteln einsetzen.

- 11 -

Zukunftsforum Tourismus Vorpommern-Rügen

Wir wollen ein „Zukunftsforum Tourismus Vorpommern-Rügen“, das die Potentiale und Möglichkeiten eines nachhaltigen, ökologisch und sozial verträglichen Tourismus für unsere Region herausarbeitet, diskutiert und begleitet. Daran nehmen Bürger*innen teil, wirtschaftliche Akteure, Naturschützer*innen, Verbände, aber auch externe Fachleute und Vertreter*innen aus vorbildlich nachhaltigen Tourismusregionen.

Wirtschaftliche Entwicklung politisch und gesellschaftlich gestalten

Wir können und müssen die Arbeitsbedingungen, die wirtschaftliche Entwicklung und die Digitalisierung politisch und gesellschaftlich gestalten. In Stralsund wird noch in diesem Jahr der Grundstein für ein IT-Center in der Nähe der Hochschule Stralsund gelegt werden. Die alte Stadtwaage (ehem. Kinderbibliothek) wird nun ein gut erreichbarer Ort wo jedermann Digitalisierung und Forschung entdecken kann. Neben solchen großen Projekten sehen wir einen großen Vorteil in kleinen Unternehmen, die die Stadt- und Gemeindebilder bereichern und unseren Landkreis lebens- und besuchenswert machen. Digitalisierung ist bereits ein prägender Wirtschaftsfaktor in Stralsund. Zahlreiche Firmenansiedlung gab es in den vergangenen Jahren. Kleinstunternehmen sind für uns genauso förderfähig und gehören zu unserem Stadtbild. Dazu gehören insb. Künstler*innen, Start-Ups und kreatives Handwerk. Wir wollen diese Entwicklung auch in anderen Regionen des Landkreises vorantreiben. Neuansiedlungen, die Arbeitsplätze schaffen und damit wichtiger Bestandteil unseres Arbeitsmarktes sind, sollen weiterhin im Einklang mit bestehenden Strukturen gefördert werden. Unser Landkreis hat hier mit einer Arbeitslosenquote von über 10% einen besonderen Bedarf.

Konkret wollen wir:

- die Einrichtung eines Ausschusses für Digitalisierung bzw. die Ergänzung bestehender Ausschüsse um diesen Schwerpunkt,
- Die Vernetzung mit den bestehenden IT-Kooperationen- und Verbänden in Vorpommern, um auf Herausforderungen der Digitalisierung innerhalb der Verwaltungen vorbereitet zu sein,
- moderne, transparente und zukunftsfähige Verwaltungen,
- die Schaffung und Förderung von Arbeitsplätzen in Kleinst- und Großunternehmen,
- einen gleichberechtigten Zugang zu Informationen über Förderprogramme,
- transparente Fördermittelvergaben,
- die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum.

- 12 -

Bürokratie abbauen

Das Once-Only-Prinzip (das einmalige Mitteilen von Standardinformationen) und der Vorrang der digitalen Verwaltungsleistungen wollen wir voranbringen. Unter der Beachtung des Datenschutzes soll der Bürokratieabbau damit auch in unserem Landkreis beginnen. Dazu gehört auch eine moderne Verwaltung, die zukünftig ein übergreifendes benutzer*innenfreundliches Webportal für Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung bereithalten soll. Mehrfachstrukturen sind zu vermeiden.

Verkehrspolitik in BÜNDNISGRÜNER Verantwortung

Verkehrspolitik in BÜNDNISGRÜNER Verantwortung basiert auf der Entwicklung von nachhaltigen Verkehrskonzepten für den ländlichen Raum und auf drei Grundsätzen: Sie dient den Menschen, ist umweltverträglich und nimmt finanzielle Rahmenbedingungen ernst. In Vorpommern-Rügen hat es über Jahre eine Bevorzugung des Autoverkehrs gegeben, während sich das Netz gut ausgebauter Radwege viel zu langsam und unzureichend entwickelt. Dies ist inzwischen auch ein ökonomischer Nachteil, denn für den Tourismus in unserer Region ist der Radverkehr von großer Bedeutung. Vorpommern-Rügen hat es versäumt, rechtzeitig ein ÖPNV-Angebot umzusetzen, das auch Menschen ohne eigenem Auto eine zufriedenstellende Mobilität bietet und so attraktiv ist, dass es eine echte Alternative zum Auto darstellt. Bürgerbusse sowie Orts- und Rufbus-Systeme mit übersichtlichen Taktzeiten und einheitlichen Tarifen sind Möglichkeiten, um den ÖPNV attraktiver zu machen. Ein Kurzstreckenticket, dichtere Taktzeiten, die Ausweitung des ÖPNV-Angebots in den Abendstunden und die Wiedereinführung des Anrufsammeltaxis sind Möglichkeiten, mit denen man auch älteren Menschen ein höheres Maß an gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe ermöglichen kann.

Konkret wollen wir:

- die Umsetzung der Darß-Bahn zwischen Barth, Zingst und Prerow,
- ein Kurzstreckenticket für den Stadtverkehr in Stralsund,
- eine bessere ÖPNV-Anbindung des ländlichen Raumes an die städtischen Zentren,
- die Verbesserung von Carsharing-Angeboten in Städten und touristischen Zentren,
- ein Forschungsprojekt für das autonome Fahren im städtischen Raum,
- ein City-Mobil-Angebot bei den Fernverkehrsverbindungen der Bahn,
- die Entwicklung und den Aufbau eines Ladesäulenkonzeptes für die E-Mobilität,
- die Einrichtung von Tankstellen für Wasserstoff,
- die Umstellung der Nahverkehrsbusse auf E-Mobilität,
- nachhaltige verkehrsberuhigende Maßnahmen für die Stralsunder Altstadt und die Verbannung des Durchgangsverkehrs aus Ortsdurchfahrten,
- ein kundenfreundliches Taxiangebot auch an Wochenende und in den Nachtzeiten,
- das kostenlose Schüler*innenticket im gesamten Landkreis.

Ein Ticket für ganz Vorpommern

Ein Ticket für ganz Vorpommern! Können Sie sich das vorstellen? Man steigt in Vorpommern an einer Haltestelle der Wahl ein, löst ein Ticket und kann damit in ganz Vorpommern Busse und Bahnen beliebig nutzen, egal ob man nach Greifswald will oder nach Usedom oder ob man in Barth startet und in Binz ankommen will. Ob man die Bahn nutzt oder den Bus, auch das ist egal, ein Ticket für unterschiedliche Strecken und wenn man will auch in der Monats- oder Jahreskartenvariante. Das ist keine Spinnerei, sondern ein zentrales Projekt, das wir in den nächsten fünf Jahren angehen wollen und von dem wir uns versprechen, dass immer mehr Menschen Bus und Bahn nutzen. Das ist gut für das Klima, die Natur und die Gesundheit!

Funktionales Radwegenetz

Die Menschen in unseren Städten und Gemeinden nutzen gerne ihr Fahrrad. Wir wollen ihnen dies noch angenehmer und praktischer gestalten. Mit der Kombination von Fahrrad und dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wollen wir erreichen, dass unsere Einwohner*innen den nächsten zentralen Ort in kürzester Zeit erreichen können. Jedoch sind viele der Radwegkilometer in schlechtem Zustand. Die derzeitige Regelung, ein Lückenschlussprogramm, das unseren Kommunen die Prioritätenfestsetzung und damit die Mittelzuweisung überlässt, ist weder effektiv noch erfüllt sie die Kriterien einer nachhaltigen Planung. Immer wieder werden geplante Lückenschlüsse wegen dringenderer Projekte verschoben. Unser Landkreis ist eine Touristen- und Radfahr-Region. Der Ostseeküstenradweg verläuft durch die Hansestadt Stralsund und alleine die Insel Rügen verfügt über 250 km Radwege – die gut ausgebauten touristischen Radwege liegen jedoch in unserem Landkreis häufig abseits der Alltagsstrecken. Das Fahrrad ist gern genutztes Freizeitmobil, aber auch auf dem Weg zur Arbeit ist es nicht mehr wegzudenken. In der Hansestadt Stralsund stellt insbesondere das Kopfsteinpflaster eine tagtägliche Herausforderung dar. Hier wollen wir gemeinsam mit dem Denkmalschutz gute Lösungen entwickeln.

Konkret wollen wir:

- die Steigerung der öffentlichen Wahrnehmung von Radfahrer*innen,
- einen lückenlosen Verlauf des Ostseeküstenradweges durch die Hansestadt Stralsund,
- die Schaffung einer Infrastruktur für E-Bikes,
- den Ausbau von Abstellanlagen und Garagen und für Fahrräder,
- die Einführung von städteübergreifenden Leihfahrradsystemen,
- die Einbeziehung der Planung des Radverkehrs und die Verhinderung von Gefahrenquellen bei jedem Straßenneubau und -sanierungen (inkl. Schutzstreifen u. Ä.),
- die Erhöhung von Fahrradmitnahmeangeboten im ÖPNV und die Verbesserung der Zugänge an Bahnhöfen,
- die Erschließung weiterer Fahrradstraßen in Stralsund,
- die intensivere Vernetzung mit der Arbeitsgemeinschaft für fußgänger- und fahrradfreundliche Kommunen (AGFK MV),
- den Tourismus- und Alltagsverkehr gemeinsam denken,
- die Erstellung eines landkreisweiten Radwegelücken- und Schäden-Katasters.

Attraktive Radwege

Um das Radfahren attraktiver zu machen, müssen die Radwege gut ausgebaut und auf kurzen Entfernungen Stadtteile mit einander verbinden. Radschnellrouten durch Stralsund sollen dies in Zukunft gewährleisten. Schlüsselprojekte sind die Sanierung der Hainholzstraße, eine Route als Verbindung des Ostseeküstenradwegs in die Altstadt (über den Bahnweg, die Bahnhofstraße und den Jungfernstieg). Aber auch eine gute Alternativroute zur Ossenreyerstraße und einen möglichst autofreien Bereich am Fischmarkt halten wir für notwendig, um das Radfahren in Stralsund zunehmend attraktiver zu gestalten.

Starke Familien

Familien sind so vielfältig wie das Leben selbst, Familien spiegeln die Gesellschaft in der wir leben wider. In einer Familie – egal ob klassisch, Patchwork-, Regenbogen-, oder Ein-Eltern-Familie – übernehmen Menschen unterschiedlicher Generationen Verantwortung füreinander. Darum ist es so wichtig, die Systeme durch gut ausgebaute und vielfältige Kinderbetreuung sowie funktionierende und personell gut ausgestattete Schulen zu stärken. Familien in Stadt und Land sind besonders auf ausreichenden Wohnraum zu bezahlbaren Preisen angewiesen. Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist der Schlüssel zur Bildung und Entwicklung eines demokratischen Verständnisses von Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Deshalb müssen sie frühzeitig in die Entwicklung unserer Städte und Gemeinden eingebunden werden. Zu einer lebendigen und lebenswerten Gesellschaft gehört außerdem die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen, Depressionen sowie älterer Menschen.

Konkret wollen wir:

- bezahlbare Mieten nicht nur in Randlagen oder in „Wohnsilos“,
- die Förderung von Mehrgenerationenhäusern,
- eine gut ausgebaute und vielfältige Kinderbetreuung, die Erzieher*innen und Tagespflegepersonen gleichermaßen gut entlohnt,
- Schulen mit qualifizierten Lehrer*innen und Sozialpädagog*innen,
- Schulen, die mit funktionierenden Turnhallen und Toiletten ausgestattet sind,
- eine konsequente Umsetzung der Inklusion in allen Bildungseinrichtungen,
- die konzeptionelle Weiterentwicklung des Angebots der Frühen Hilfen (0 bis 2 Jahren) und des Kinderschutzes, des Modells der Familienhebammen und der Netzwerke der Frühen Hilfen.

- 15 -

Stärkung eines „Netzwerks Frühe Hilfen“

Das Netzwerk Frühe Hilfen bietet von Armut betroffenen Kindern eine möglichst frühe Unterstützung und Hilfe. Hierzu bilden die Akteure im Kinder- und Familienbereich einen Zusammenschluss, der mit einem niedrigschwelligem Angebot Familien fördert und den Kindern bessere Bildungschancen ermöglicht. Gefördert werden Teilhabe, Integration, Bildung und Gesundheit. Das Netzwerk besteht jeweils aus verschiedenen Anbietern und Diensten aus dem Bereich der Kindertagesstätten, des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD), der Familienberatung, der Familienbildung und des Gesundheitswesens in den beteiligten Kommunen.

Integration – Herausforderung und Chance

Im Landkreis Vorpommern-Rügen halten sich momentan etwa 800 Geflüchtete auf. Ihre Grundrechte jedoch sind eingeschränkt: Bevor sie einen Arzt oder eine Ärztin aufsuchen, muss das Sozialamt den Besuch genehmigen. Obwohl die Gemeinden dezentrale Wohnungen bereitstellen, favorisiert die Kreisverwaltung die zentrale Unterbringung in Heimen wie auf dem Dänholm in Stralsund oder in Barth. Und regelmäßig werden Menschen aus dem Landkreis abgeschoben, eine Praxis, die wir ablehnen. Wir wollen eine ernsthafte Anerkennung der Grundrechte von Flüchtlingen auch auf kommunaler Ebene. Menschen, die ihre Heimat oft nicht freiwillig verließen, begegnen wir mit Menschlichkeit, Solidarität und Angeboten. Sie sollen dabei von einer starken Zivilgesellschaft unterstützt werden. In den Institutionen des Landkreises findet zu wenig Einbindung der Erfahrung von Menschen mit Migrationsgeschichte statt. Hier wird ein enormer Wissensschatz nicht eingebunden, Mehrsprachigkeit nicht als Gewinn gesehen, kulturelle und entwicklungspolitische Projektarbeit nicht zielorientiert unterstützt. Das geht besser, und dann schafft es Chancen, unsere Weltoffenheit zu leben.

Konkret wollen wir:

- regelmäßige Gesprächsangebote mit unterschiedlichen Teilnehmer*innen, wie Aktiven aus Integrationsinitiativen oder migrantischen Selbstorganisationen, Politiker*innen, aber auch Kritiker*innen, um Vorurteile abzubauen,
- die ernsthafte Einbindung der Ehrenamtlichen am runden Integrationstisch der Migrationsbeauftragten im Landkreis Vorpommern-Rügen,
- die Unterstützung der „AG Flüchtlingshilfe“ und anderer Initiativen, die sich für die Integration von Geflüchteten stark machen mit personellen und finanziellen Ressourcen,
- die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten, um deren Integration zu erleichtern,
- die Krankenkassenkarte für Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus, um unnötige Termine beim Sozialamt zu vermeiden.

- 16 -

Beitritt Stralsunds zur „Internationalen Städte-Koalition gegen Rassismus“

Die UNESCO trägt die „Internationale Städte-Koalition gegen Rassismus“, deren Ziel die Einrichtung eines weltweiten Netzwerks von Städten ist, die sich gemeinsam für einen wirkungsvollen Kampf gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit einsetzen. Die Mitgliedsstädte haben einen 10-Punkte-Plan vereinbart, um Rassismus und Diskriminierung auf kommunaler Ebene zu bekämpfen und dadurch einen Beitrag zum Schutz der Menschenrechte, zur Förderung der Integration und zur Achtung der Vielfalt zu leisten.

Gesundes Vorpommern-Rügen

Alle Menschen im Landkreis sollen einen gleichberechtigten und barrierefreien Zugang zu einer bedarfsorientierten Gesundheitsversorgung haben. Diese Versorgung muss umfassend, sektorenübergreifend, interprofessionell und innovativ sein. Dabei wollen wir Parallelstrukturen vermeiden. Wir möchten, dass die Menschen überall in Vorpommern-Rügen auch in Zukunft eine Hausärztin oder einen Hausarzt in ihrer Nähe haben. Außerdem setzen wir uns für eine verstärkte Niederlassung von grundversorgenden Fachärzt*innen und Hebammen im ländlichen Raum ein. Wir wollen allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen – unabhängig davon, für welches Pflegeangebot sie sich entscheiden. Die Menschen sollen so lange sie wollen in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Dies ist nur möglich, wenn die Angebote eng miteinander vernetzt sind und fließende Übergänge zwischen den verschiedenen Versorgungsformen zulassen. Hierzu brauchen wir neben häuslicher Pflege und Heimunterbringung weitere Alternativen, wie zum Beispiel Wohngruppen für Menschen mit Pflege- und Betreuungsbedarf. Die weitere Privatisierung kommunaler Gesundheitseinrichtungen lehnen wir ab.

Konkret wollen wir:

- den Einsatz von Patientenbussen und mobilen Arztpraxen,
- bessere Arbeitsbedingungen in der häuslichen Pflege,
- die Förderung lokaler Versorgungsgemeinschaften,
- die Unterstützung der Ansiedelung von Haus- und Fachärzt*innen im Landkreis,
- eine Stärkung der Kooperation zwischen Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzt*innen.

- 17 -

Rollende Arztpraxis

Die „Rollende Arztpraxis“ ergänzt die ambulante ländliche hausärztliche Gesundheitsversorgung und kann dabei bis zu 50 Prozent der Kapazität einer Hausarzt-praxis erreichen. Die Rollende Arztpraxis versorgt überwiegend ältere und wenig mobile Patientinnen und Patienten, die oftmals an chronischen Erkrankungen wie Bluthochdruck, Herzinsuffizienz oder Diabetes leiden. Wie Modellprojekte in Niedersachsen zeigen, wird die Rollende Arztpraxis von den Patienten angenommen und der Großteil ist mit der Behandlung zufrieden oder sehr zufrieden.

Inklusion & freie Schulwahl sind Bürger*innenrechte

Für uns BÜNDNISGRÜNE ist ein inklusives Bildungssystem mehr als nur eine Forderung der UN-Behindertenrechtskonvention. Es ist für uns die Grundlage für eine Gesellschaft, in der alle Menschen mit ihren Fähigkeiten, Stärken und Schwächen akzeptiert werden und selbstverständlich dazugehören.

Wir fordern eine zeitgemäße Lehrer*innenausbildung ein, damit unsere Kinder nicht nur in einer modernen Zukunft leben können, sondern auch befähigt werden, die demokratischen, sozialen und ökologischen Strukturen der Gesellschaft weiter gestalten können. Neben der Einführung der digitalen Technik und dem Umgang damit als Teil der Bildung müssen auch neue Unterrichtskonzepte entwickelt werden. Inklusion kann nur gelingen, wenn sich die Ausbildung vom Vorrang des Frontalunterrichts verabschiedet und sich an anderen Unterrichtsformen orientiert (Werkstattunterricht, Projektunterricht). Hierzu müssen auch die Unterrichtsformen der Reformpädagogik gelehrt werden. Freie Schulen, die bereits jetzt mit solchen Unterrichtsmodellen arbeiten, dürfen nicht als Konkurrenten zu staatlichen Schulen begriffen werden, sondern als Bereicherung der Schullandschaft und als Partner in der Ausbildung unserer Kinder.

Konkret wollen wir:

- die Umsetzung der UN-Behindertenkonventionen und die Inklusion in allen Schulen, finanziert durch das Land,
- die Modernisierung der Lehrer*innenausbildung,
- die Erstellung eines Maßnahmenkatalogs der Landesregierung und der Kreisverwaltung, wie dem zukünftigen Lehrer*innenmangel und damit auch dem zu erwartenden Unterrichtsausfall an den Schulen im Landkreis wirksam entgegengewirkt werden kann,
- die Erhöhung der Sanierungsfinanzzmittel für Schulen und Turnhallen,
- die Einführung eines landkreisweiten, kostenlosen Schüler*innentickets,
- den Erhalt kleiner Grundschulen auf dem Land („Kurze Wege für kurze Beine“),
- die Stärkung und Erhaltung der Berufsschulstandorte, um jungen Menschen vor Ort eine gute Ausbildung zu ermöglichen, damit sie nicht dadurch abwandern müssen.

Das Schüler*innenticket jetzt!

Nachdem wir unsere seit vielen Jahren erhobene Forderung für eine kostenlose Schüler*innenbeförderung im Landkreis nach jahrelanger Ablehnung durch CDU und SPD endlich durchsetzen konnten, wollen wir nun den konsequenten nächsten Schritt umsetzen: Das kostenlose Schüler*innenticket, mit dem auch nachmittags und abends der ÖPNV genutzt werden kann, um z. B. zum Vereinstraining, zur Musikschule oder einfach nur zu Freund*innen fahren zu können. Hierzu muss auch der ÖPNV weiterentwickelt werden.

Kultur ist Lebensmitte(I)

Das Kulturangebot in der Hansestadt Stralsund und im Landkreis Vorpommern-Rügen ist Motor einer wertebasierten, gesellschaftlichen Entwicklung und wichtiger Bestandteil für die Lebensqualität. In einer Tourismusregion ist Kultur zudem ein bedeutender Standortfaktor. Deshalb war die Auseinandersetzung für den Erhalt des Theaters Vorpommern mit den Spielorten Greifswald, Putbus und Stralsund so immens wichtig und wir BÜNDNISGRÜNE haben das vehement unterstützt. Die Angleichung an den Flächentarif, ein vielfältiges und künstlerisch hochwertiges Angebot und eine sichere Perspektive des Theaters ist für uns zukünftig ein zentrales Anliegen. Es ist wichtig, dass Kreis-, Stadt- und Gemeindeparlamente diejenigen unterstützen, die Kultur tragen und weiterentwickeln. Wir unterstützen daher die Arbeit des Kulturrats Vorpommern-Rügen und fordern die Beteiligung aller Kulturschaffenden aus allen Bereichen. Kultur braucht diese eigenständige Stimme und gleichzeitig mehr Gehör in der Kreisverwaltung. Die institutionelle Förderung der Jugendkunstschule Vorpommern-Rügen liegt uns ebenso am Herzen wie der Erhalt und die Weiterentwicklung der Museen. Projekte wie „Kunst offen“ und „Kunst heute“ müssen ebenso unterstützt werden wie z. B. der „Spurwechsel“, „Tanz an Schulen“ oder andere innovative Projekte. Wir wollen das kostenfreie Ausleihangebot in öffentlichen Bibliotheken.

Konkret wollen wir:

- im Landkreis einen eigenen Kulturausschuss einrichten, in dem die Vertreter*innen der Kunst- und Kulturszene des Landkreises mit beratender Stimme gehört werden,
- eine Vereinheitlichung der Bedingungen für die kulturellen Angebote in Kreis und Stadt. So sollen z. B. alle Kinder und Jugendlichen gleichberechtigt alle Musikschulangebote in Stadt und Landkreis durch einheitliche Musikschulgebühren wahrnehmen können.
- eine Erhöhung der für die freien Kulturträger zur Verfügung stehenden Projektmittel,
- ein Bibliotheksausleihangebot für den ländlichen Raum, der für Bürger*innen im ganzen Landkreis die Möglichkeit schafft, auf die Angebote der öffentlichen Bibliotheken zuzugreifen (wie etwa die Onlineausleihe oder mobile Angebote).

- 19 -

Der Theaterbus für Rügen und Vorpommern

Musik und Theater sind kulturelles Leben und dies darf nicht nur in der Stadt, sondern muss auch im ländlichen Raum erlebbar sein. Wir schlagen daher vor, einen besonderen Service anzubieten, der die Menschen zur Kultur und wieder zurückbringt: Den Theaterbus!

Sport für Alle!

Leistungs- und Breitensport halten wir in allen gesellschaftlichen Schichten für ein wichtiges Angebot. Sport fördert die Gesundheit, bringt Menschen unterschiedlicher kultureller und sozialer Herkunft zusammen. Alle 282 Sportvereine mit ihren 32.000 Mitgliedern müssen gleichermaßen einen Zugang zu Fördermöglichkeiten haben. Sanierungsbedürftige oder gar geschlossene Turnhallen, hohe Teilnahmegebühren, schlechte Anbindungen der Sportstätten an den öffentlichen Nahverkehr stehen diesem wichtigen Teil gesellschaftlichen Zusammenhalts entgegen. Dass, Schüler*innen keinen Schulsport auf Grund fehlender Sportstätten haben, ist ein nicht hinzunehmender Zustand. Den Bau kommunaler Schwimmbäder in Bergen und Stralsund wollen wir ebenso begleiten und unterstützen. Das Sundschwimmen, die Mittwochsregatta, der Rügenbrücken- und der Darß-Marathon und der Ironman auf Rügen sind Sportveranstaltungen, die über unsere Region hinauswirken und zahlreiche Menschen zusammenbringen. Diese wollen wir erhalten, fördern und für alle Menschen zugänglich machen. Ebenso muss die Erreichbarkeit der Sportstätten mit dem öffentlichen Nahverkehr gewährleistet sein – gerade Kindern und Jugendlichen, bleibt anderenfalls Sport in der Freizeit auszuüben verwehrt.

Konkret wollen wir:

- die Förderung der Sportangebote von Leistungs- und Breitensport,
- eine ausreichende Anzahl Turnhallen und Hallenzeiten für den Schul- und Freizeitsport,
- den Bau von kommunalen Schwimmbädern unterstützen und fördern,
- die soziale Teilhabe bei Sportveranstaltungen,
- ausreichende Schwimmhallenzeiten und -kapazitäten für den Schulschwimm-Unterricht und die Schwimmvereine,
- die Unterstützungen von ehrenamtlichen Sport- und Jugendprojekten wie zum Beispiel der Skaterhalle in Stralsund,
- die Förderung von Sportprojekten mit Geflüchteten,
- die Sportstätten und -angebote so auszubauen, dass sie die Attraktivität der Kommunen steigern,
- keine Erhebung von Hallengebühren für Sportvereine, die Sport für Kinder und Jugendliche anbieten.

- 20 -

Bau eines städtischen Schwimmbades in Stralsund

Seit der Schließung des Schwimmbades am Wasserwerk hat Stralsund kein kommunales Schwimmbad mehr. Für 1,2 Mio. € jährlich mietet die Hansestadt Stralsund für das Schulschwimmen das Hallenbad des Hansedoms. Vereine mieten ebenso die Hallenzeiten und sind damit abhängig von der Verhandlungsbasis und marktwirtschaftlichen Zwängen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Hansestadt Stralsund während des noch 10 Jahre bestehenden Vertrages ein eigenes Schwimmbad mit ausreichenden Kapazitäten für den Leistungs-, Breiten- und Schulsport baut. Die Suche nach einem geeigneten Standort sollte möglichst zeitnah beginnen. Den Bau eines Schwimmbades auf der Hafensinsel, halten wir aus verkehrstechnischen Gründen und aufgrund der fehlenden Wettkampftauglichkeit für nicht sinnvoll.